

Von: Erwin Leitner | mehr demokratie! <erwin.leitner@mehr-demokratie.at>
Gesendet: Mittwoch, 13. Dezember 2023 11:11
An: Post, LTDion
Betreff: Einreichung Petition Demokratiepaket
Anlagen: Petition Zivilgesellschaftliches Demokratiepaket für OÖ.pdf

Sehr geehrte Obfrau des Petitionsausschusses!
Sehr geehrte Landtagsabgeordnete!

mehr demokratie! oberösterreich hat gemeinsam mit Südwind OÖ die Veranstaltung "Wir schreiben unser Demokratiepaket selber!" am 10.11.2023 organisiert. Ausgangsüberlegung dieser Veranstaltung war, dass das Vertrauen in unsere Demokratie laut Demokratie-Monitor dramatisch schlecht ist und dass daher alle demokratischen Kräfte aufgerufen sind, Ideen und Beiträge zur Wiedergewinnung des Vertrauens in unsere Demokratie zu leisten. In der erwähnten Veranstaltung haben die Teilnehmenden daher partizipativ ein zivilgesellschaftliches Demokratiepaket erarbeitet. Dieses Demokratiepaket sollte Arbeitsprogramm eines künftigen oö. Demokratie-Landesrats bzw. Demokratie-Landesrätin sein und wird beiliegend als Petition an den oö. Landtag bzw. Petitionsausschuss eingereicht.

Wir hoffen und erwarten, dass der oö. Landtag unseren Beitrag zur Wiedergewinnung des Vertrauens in unsere Demokratie als Anstoß aufgreift und dass der oö. Landtag ein konkretes Maßnahmen-Bündel diskutieren und beschließen wird und den künftigen Demokratie-Landesrat bzw. die Demokratie-Landesrätin mit der Umsetzung betrauen wird.

Mit Ihrem Sekretariat vereinbaren wir einen Fototermin für die Übergabe unserer Petition.

Einreichende Organisation dieser Petition:
mehr demokratie! oberösterreich
ZVR 021 075 642
Ziegeleistraße 16/4
4490 St. Florian

Meine Kontaktdaten:
+43 660 611 70 01
erwin.leitner@mehr-demokratie.at

Schöne Grüße
Erwin Leitner

mehr demokratie!
die parteiunabhängige initiative für eine stärkung direkter demokratie - md!

Mag. Erwin Leitner, Gründer und Bundessprecher
+43 660 611 70 01
erwin.leitner@mehr-demokratie.at
www.mehr-demokratie.at

[Demokratie geht uns alle an.](#)
[Unser Einsatz braucht deine Spende.](#)



Petition an den oö Landtag

Demokratiepaket für OÖ

als Arbeitsprogramm für einen künftigen oö Demokratie-Landesrat bzw eine oö Demokratie-Landesrätin

Laut Demokratie-Monitor ist das Vertrauen in die Demokratie in Österreich bedenklich niedrig. Dieser besorgniserregende Befund sollte alle demokratischen Kräfte wachrütteln und eine bunte Vielfalt an Anstrengungen auslösen, wie das verlorene Vertrauen in unsere Demokratie wieder gewonnen werden kann.

mehr demokratie! oö und Südwind OÖ haben vor diesem Hintergrund am 10.11.2023 die halbtägige Veranstaltung "Zivilgesellschaftliches Demokratiepaket für OÖ" organisiert. Die Teilnehmenden haben Aspekte eines Arbeitsprogramms für einen künftigen oö Demokratie-Landesrat bzw. oö Demokratie-Landesrätin diskutiert und partizipativ erarbeitet.

Die entstandenen Vorschläge wollen ein Diskussionsbeitrag für Verbesserungen der Demokratie und der Bürgerinnen- und Bürger-Rechte in OÖ sein. Wir reichen sie daher als Petition an den oö Landtag ein mit der Erwartung und Hoffnung, dass der oö Landtag Maßnahmen zur Wiedergewinnung des Vertrauens in unsere Demokratie diskutieren und beschließen und einen Demokratie-Landesrat bzw eine Demokratie-Landesrätin mit der Umsetzung betrauen wird.

Linz, 11.12.2023

mehr demokratie! oberösterreich

Südwind Oberösterreich

Mag. Erwin Leitner

MMag. Julia Weber MA

Demokratiepaket für OÖ

Arbeitsprogramm für den künftigen oö Demokratie-Landesrat bzw oö Demokratie-Landesrätin

Direkte Demokratie

Seit der Reform 2015 sind Volksbefragungen auf Landesebene gar nicht und auf Gemeindeebene nur sehr überschaubar genutzt worden. Die Unterschriftenhürden haben sich daher als zu hoch erwiesen und sollten gesenkt werden.

Auf Gemeindeebene bestehen in den Stadtstatuten und in der Gemeindeordnung unterschiedliche direkt-demokratische Verfahren. In der Gemeindeordnung sollte eine Angleichung an die Regeln der Stadtstatute erfolgen, wo freie Unterschriftensammlung und längere Sammelfristen vorgesehen sind. Eine detailliertere Regelung sollte Interpretationsspielräume einschränken und dadurch mehr Rechtssicherheit schaffen.

Direkte Demokratie soll auch mit Bürger:innenräten verknüpft werden und nach der ersten Stufe der Unterschriftensammlung soll ein öffentlich finanzierter Bürger:innenrat möglich sein.

Um die Niederschwelligkeit der Beteiligung an Bürgerinnen- und Bürger-Initiativen zu verbessern, sollten Unterstützungserklärungen auch auf elektronischem Weg bzw. auch in einer beliebigen oö Gemeinde unabhängig vom Wohnort ermöglicht werden. Zur Unterstützung aufliegende Initiativen sollten auf der Homepage des Landes bzw. der Gemeinde öffentlich gemacht werden.

Bei Volksbefragungen soll neben den Optionen „Ja“ oder „Nein“ auch die Abstimmung zwischen zwei oder mehr Alternativen möglich sein.

Bei komplexen, aber auch bei sehr kontroversen Fragestellungen empfiehlt sich ein völlig anderer Abstimmungs- bzw. Befragungsmodus, der sich am sogenannten [Systemischen Konsensieren](#) anlehnt. Dieses Verfahren dient dazu zu ermitteln, welcher Vorschlag den geringsten Widerstand auslöst, was bei stark polarisierenden Streitthemen ein entlastender Zugang sein kann.

Über Internet, einer neutralen Abstimmungsbroschüre, die allen Stimmberechtigten zugestellt wird, und dem öffentlich rechtlichen Rundfunk soll im Vorfeld einer Abstimmung eine faire Darstellung aller Positionen gewährleistet werden.

Bürger:innenräte

Eine weitere Möglichkeit den gesellschaftlichen Diskurs in konstruktiv sachlicher Weise zu gestalten, ist die Einrichtung von Bürger:innenräte, deren Mitglieder durch ein Zufallsverfahren ausgewählt werden, wobei durch verschiedene Zusatzkriterien (Alter, Beruf, Bildungsgrad, Wohnsitz Stadt/Land etc.) eine Repräsentation der Gesamtbevölkerung anzustreben ist.

Derartige Bürger:innenräte sollen von einer Minderheit des Landtages (einem Drittel der Abgeordneten), der Landesregierung oder aber auch über eine entsprechende erfolgreiche Bürgerinnen- und Bürger-Initiative eingesetzt und mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Bei der Auswahl der beratenden Expert:innen ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zu achten. Es soll auch die Möglichkeit geben, dass Bürger:innen den Prozess mitverfolgen und sich einbringen können.

Am Ende der Beratungen soll ein Dokument mit Empfehlungen an die Landesregierung, den Landtag bzw. Gemeinderat stehen, das auf der jeweiligen Homepage zu veröffentlichen ist. Sollte die Politik diese nicht in einer angemessenen Frist hinreichend aufgreifen, so kann eine Mehrheit der Teilnehmenden des Bürger:innenrates eine Bürger:innenabstimmung verlangen.

Digitale Demokratie

Digitale Instrumente sollen genutzt werden zur Steigerung der Zugänglichkeit, Teilnehmer:innenzahlen, Transparenz von Beteiligungsprozessen und Transparenz von politischen Prozessen (z.B. Streaming von Gemeinderatssitzungen).

Deren Einsatz ist in eine ganzheitliche Partizipationsstrategie einzubetten, und soll Synergien mit Formaten wie Bürger:innenräten oder partizipativen Budgets schaffen. Beteiligung funktioniert nie ausschließlich über digitale Formate. Hybride Beteiligungsprozesse haben sich bewährt - die digitale Komponente ist als Begleitung zu verstehen. Sie erfordert außerdem Kommunikationsmaßnahmen, um die Aktivitäten bekannt zu machen.

In diesem Sinne sollen Gemeinden und Städte vom Land Oberösterreich unterstützt werden, digitale Instrumente wie Beteiligungsplattformen im Zuge ihrer Partizipationsaktivitäten einzusetzen, durch Zurverfügungstellen von a) Infrastruktur, wie individualisierbaren Beteiligungsplattformen, b) Schulungen, zur Umsetzung von Beteiligungsprozessen Nutzung der digitalen Tools sowie c) Toolkit zur gelungenen Kommunikation von Beteiligungsprojekten.

Der Einsatz sämtlicher Aktivitäten und digitaler Instrumente soll regelmäßig evaluiert werden, um Verbesserungspotentiale zu identifizieren.

Wie in allen Beteiligungsprozessen ist auch bei der digitalen Komponente darauf zu achten, dass die Prozesse inhaltliche Qualität haben und teilnehmende Bürger:innen tatsächlich Wirksamkeit entwickeln können. Von „Scheinpartizipation“ ist abzusehen.

Marginalisierte Gruppen einschließlich Kinder und Jugendliche

In einer Gesellschaft, die auf den Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit beruht, ist die Partizipation aller Menschen ein fundamentales Menschenrecht. Unter das Dach dieses Grundrechts fällt die Einbeziehung von Menschen aus benachteiligten und marginalisierten Gruppen, einschließlich Kinder und Jugendlicher sowie Menschen mit Einschränkungen. Dieser inklusive Ansatz betont die Notwendigkeit, dass jeder Einzelne die Möglichkeit haben sollte, am gesellschaftlichen Diskurs teilzunehmen und in Entscheidungsprozesse eingebunden zu sein.

Kinder und Jugendliche

Besonderes Augenmerk gilt es darauf zu legen, dass für Kinder und Jugendliche sinnvolle Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden. Kinder und Jugendliche sind oft aufgrund ihres Alters und anderer Faktoren wie Herkunft, Behinderungen, Armut etc. doppelt marginalisiert. Forschungen zeigen, dass die Förderung politischer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie sich auch als Erwachsene am gesellschaftlichen Leben beteiligen. Gleichzeitig muss Eigenverantwortung und Selbstbestimmung früh geübt und gelebt werden, sodass es auch funktioniert. Eine Beteiligungsmöglichkeit sind partizipative Kinder- und Jugendbudgets, d.h. Geldtöpfe, die von Städten und Gemeinden eingerichtet werden und über deren Verwendung Kinder und Jugendliche selbst verfügen können.

Partizipation und Inklusion

Um eine breitere und tiefere Partizipation zu erreichen, ist es entscheidend, offenere Diskurse zu fördern und physische sowie digitale Räume im Sinne von Mitbestimmungsmöglichkeiten zu schaffen. Diese sollten so gestaltet sein, dass sie nicht nur vorhanden sind, sondern auch aktiv zur Mitbestimmung einladen und die Möglichkeiten für Engagement und Dialog erhöhen. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Mitbestimmungsmöglichkeiten niederschwellig und inklusiv sind, um niemanden auszuschließen (z.B. Verwendung von einfacher Sprache).

Bildung und Demokratie

Demokratiebildung beginnt bereits in jungen Jahren und sollte sowohl als Schulfach als auch im Kindergarten verankert sein. Durch die Förderung eigenständigen Denkens von Kindesbeinen an und die Unterstützung von Pädagog:innen, die dazu ausgebildet werden, diesen Prozess zu begleiten, können wichtige Persönlichkeitskompetenzen wie gemeinschaftliches Entscheiden und Transparenz geübt werden.

Hierarchien und Verantwortung

Das Durchbrechen von Hierarchien und die Schaffung eines Umfelds, in dem jeder auf Augenhöhe agiert, sind zentral für die Entwicklung einer verantwortungsbewussten Bürgerschaft. Dies beinhaltet Initiativen wie den Politiker:innen-Führerschein und öffentliche Hearings von zukünftigen Politiker:innen, die dazu dienen, ein Stück Verantwortungsbewusstsein an die Gesellschaft zurückzugeben.

Anti-Diskriminierung und Innovation

Um eine inklusive Gesellschaft zu gewährleisten, muss Anti-Diskriminierung in allen Bereichen Priorität haben. Die Nutzung digitaler Möglichkeiten und das Zulassen von Innovationen sind entscheidend, um Offenheit zu fördern und alle Schichten der Bevölkerung zu erreichen, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Zugang und Kreativität

Der Zugang zu Informationen ist ein Schlüssel zur Beteiligung. Transparenz in Verwaltungs- und Regierungsprozessen ermöglicht es Bürger:innen, informierte Entscheidungen zu treffen. Kreative Ideen können durch Mechanismen wie Ideen-Postkästen in Schulen und Gemeinden gesammelt werden, wodurch bestehende Strukturen für innovative Lösungen genutzt werden können.

Vernetzung

Vernetzung spielt eine entscheidende Rolle bei der Stärkung von Gemeinschaften. Durch die Verbindung verschiedener Akteur:innen und den Austausch von Ressourcen können Projekte effektiver umgesetzt und eine breitere Partizipation erreicht werden. Die Zusammenarbeit stärkt das kollektive Handeln und fördert den sozialen Zusammenhalt.

Zusammengefasst bildet die Förderung von Partizipation durch Bildung, Raumgestaltung, Verantwortungsübernahme und innovative Ansätze das Fundament für eine dynamische und gerechte Gesellschaft.